

Erich Hahn

## **Die Grundsatzgespräche zwischen SED und SPD 1984 bis 1989\***

Die Sache, von der hier berichtet wird, war und ist heftig umstritten.

Wie schon nach der Veröffentlichung des Dokuments "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" im August 1987 unterziehen konservative Kreise die Ideologie-Gespräche zwischen SED und SPD und insbesondere das Engagement der SPD scharfer Kritik nach dem Motto "Mit denen redet man nicht". SPD-Politiker reklamieren demgegenüber seit geraumer Zeit den Anspruch, mit dem erwähnten Dokument einen gewichtigen Beitrag zur Destabilisierung des Systems in der DDR geleistet zu haben. Vor der Enquete-Kommission des Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" erklärte am 4.11.93 Hans-Jochen Vogel: "Das Papier war ein wichtiger Schritt zur Erosion der ideologischen Herrschaft der SED und damit ein wichtiges Kapitel der Vorgeschichte des Zusammenbruchs ihrer politischen Herrschaft".

Die ehemaligen Oppositionellen aus der DDR sind uneins. Die einen weisen einen derartigen Anspruch der SPD zurück, sehen die Wirkung des Dokuments eher in einer Aufwertung der SED und bezweifeln entschieden, daß auf diese Weise irgendwelche Reformer in der SED gestärkt worden seien.(1) Andere werten das Dokument durchaus als nützlich und wichtig, weil man sich bei der Kritik darauf berufen konnte.(2)

In der linken Debatte im Umfeld von PDS, DKP und anderen schließlich wird kritisiert, daß die SED sich zur Unterschrift unter dieses Dokument hergegeben hat, mit ihm seien unverzichtbare Grundsätze aufgegeben worden, es sei Ausdruck von Illusionismus, Revisionismus und Opportunismus.(3)

Es ist mir nicht möglich, im Rahmen dieses Beitrages auf alle Aspekte dieser Auseinandersetzung einzugehen. Dies umso weniger, als sich in

---

\* Vortrag, gehalten vor der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 21. April 1994

dieser Debatte ebenso wie seinerzeit in ihrem Gegenstand etliche Grundprozesse dieser Jahrzehnte kreuzen, über deren historische Wertung die Meinungen nicht weniger schroff auseinandergehen - besonders gilt das für das "Neue Denken".

Es ist allerdings meine Überzeugung, daß keine der erwähnten Positionen der tatsächlichen Bedeutung dieser Aktivitäten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gerecht wird.

\* \* \*

Zunächst einige Fakten zum Verlauf.

Die Anregung zu derartigen Begegnungen entstand in Gesprächen zwischen Helmut Seidel, Philosophieprofessor in Leipzig, und Erhard Eppler im Jahre 1983. Daß die Akademie für Gesellschaftswissenschaften diese Aufgabe übertragen bekam, wurde im Apparat des ZK der SED entschieden.

Es fanden sieben Beratungen mit folgenden Themen statt:

- Februar 84: Gegenwart und Zukunft der menschlichen Arbeit und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts;
- Oktober 84: Aktuelle Fragen des Menschenbildes;
- Juni 85: Gesetzmäßigkeiten in Geschichte und Gesellschaft;
- Februar 86: Friedliche Koexistenz und Sicherheitspartnerschaft sowie Ideologie und Frieden; während dieser Begegnung - zur gleichen Zeit tagte in Moskau der 27. Parteitag der KPdSU - wurde der Entschluß zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Dokuments gefaßt;
- Oktober 87: Entwicklungsprobleme der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; im Verlauf dieser Begegnung ergab sich eine heftige Kontroverse über den genau in diesen Tagen veröffentlichten Artikel von Kurt Hager mit einer indirekten Kritik am Dokument(4).
- April 88: Was ist gesellschaftlicher Fortschritt heute? Zu Beginn dieser Tagung fand ein überaus kontroverser Meinungsaustausch zu den Ereignissen in Berlin im Herbst 1987 (Zionskirche) und Januar 1988 (Januar-Demonstration) statt.

April 89: Menschenrechte in unserer Zeit. Das Thema war auf der vorangegangenen Tagung von der SED-Seite vorgeschlagen worden. Im April 1989 (!) wurde vereinbart, im Jahre 1990 zur Frage der Gesellschaftsstrategien zusammenzukommen.

An den Gesprächen nahmen je acht bis zwölf Vertreter beider Institutionen teil. Die Zusammensetzung der Delegationen wechselte - der Thematik entsprechend. Von seiten der SPD waren insgesamt 15, von seiten der SED insgesamt 28 Wissenschaftler bzw. Politiker einbezogen. Pro Treffen kann von einer Netto-Mindest-Diskussions-Zeit von etwa 12 Stunden (im Plenum) ausgegangen werden. Von der vierten Beratung (Februar 86) an waren Vertreter von Medien eingeladen. Intensiv wahrgenommen wurde dies vor allem von "Die Zeit", "Spiegel", "Süddeutsche Zeitung", "Neues Deutschland", "Einheit", "Horizont", "WDR", "Radio DDR".

\* \* \*

Es wäre lohnend, **Inhalte** dieser achtzig Stunden währenden Gespräche - Protokolle gibt es nicht - mitzuteilen. In dem hier gesteckten Rahmen beschränke ich mich auf einige zusammenfassende Bemerkungen und einige Illustrationen.

Auf allen Tagungen und bei sämtlichen Themen traten unüberbrückbare **Gegensätze** zutage. Die Debatten verliefen zum Teil in scharfer Form und laut!

Die Gegensätze betrafen sowohl prinzipielle theoretische oder weltanschauliche Positionen als auch die Beurteilung aktueller oder spezieller Gegenstände.

Prägend war beispielsweise der grundlegende Gegensatz in den Auffassungen über den Charakter des Sozialismus als Gesellschaft und als politische Bewegung. Die für das Selbstverständnis der SED unverzichtbaren Postulate von der zentralen, der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, der unabdingbaren Notwendigkeit der politischen Macht und des demokratischen Zentralismus als Grundprinzip der politischen Organisation der Gesellschaft wurden von den Vertretern der SPD kompromißlos verworfen.

Darin spiegelte sich zugleich die unterschiedliche Stellung der beiden Parteien in dem jeweiligen gesellschaftlichen System. War für die SED als staatstragende Partei das vorbehaltlose Bekenntnis zur bestehenden Ord-

nung charakteristisch, so für die SPD die Verflechtung von grundlegender Affirmation mit permanenter, aber partieller Kritik.

Bemerkbar machte sich diese Grundkonstellation auch in der Stellung beider Kontrahenden zur Anerkennung der Faktizität bzw. der Legitimität des jeweils anderen Systems bzw. zur Anerkennung oder Ablehnung des status quo. So stellten unsere Partner dem Prinzip der friedlichen Koexistenz das der gemeinsamen Sicherheit entgegen, weil ersteres die Anerkennung der faktischen Existenz beider Systeme mit der Überzeugung verbinde, daß beide eine unterschiedliche geschichtliche Stellung und Perspektive hätten. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz stelle eine Anerkennung der anderen Seite "nur auf Zeit" dar und unterstelle deren revolutionäre Beseitigung als gesetzmäßig und unvermeidlich, wenn es sie schon nicht proklamiere.

Zugleich wurde in dieser Kontroverse das beiderseitige Suchen nach Positionen spürbar, die es gestatteten, die unter den Bedingungen des Nuklearzeitalters erzwungene Anerkennung der faktischen Existenz des anderen Systems mit dessen prinzipieller Kritik zu verbinden. Im Dokument von 1987 wurde dafür bekanntlich die realistische und herausfordernde Formel gefunden, daß keine Seite der anderen die Existenzberechtigung absprechen dürfe.

Gegensätze prägten auch die Debatten zu allen einzelnen Themen. In der Diskussion zum **Menschenbild** wurde von sozialdemokratischer Seite bereits unser Anspruch auf die Artikulation eines Menschenbildes bestritten. Die Reklamation eines Menschenbildes sei der erste Schritt zu der Absicht, es mit Gewalt und Zwang durchsetzen zu wollen. Es dürfe lediglich Fundamentalprinzipien im Sinne einer Minimalanthropologie geben. Wir hielten dem entgegen, daß ein derartiger Anspruch seitens linker Bewegungen in der geistigen Situation der Gegenwart schon deshalb nicht eine Sache der Beliebigkeit sei, weil konservative Positionen, die über unbegrenzte Mittel und Möglichkeiten der Beeinflussung der öffentlichen Meinung verfügen, sich in dieser Hinsicht keinerlei Zurückhaltung auferlegen.

Ein anderer Konfliktpunkt war die Sichtweise der materialistischen Geschichtsauffassung hinsichtlich der Konstanz oder Variabilität der menschlichen Natur. Unserer Orientierung auf eine grundlegende Wandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Grundvoraussetzung für die Realisierung menschenwürdiger Existenz stand das militante Plädoyer für Selbstbestimmtheit, Autonomie und Spontaneität menschlicher Entfaltung

gegenüber. Die weltanschauliche und politische Option für ein Primat der Grundwerte Freiheit und Individualität lag im Streit mit der Betonung der Notwendigkeit, ökonomische und soziale Prozesse zu beherrschen, um strukturelle Voraussetzungen für Gerechtigkeit zu schaffen oder zu verbessern.

Auch beim Thema **Gesetzmäßigkeit** waren die entgegengesetzten Grundpositionen überschaubar: der Betonung des objektiven Charakters derartiger Gesetze durch die eine entsprach das hartnäckige Bemühen der anderen Seite, eben diese Objektivität subjektivistisch aufzulösen. Entscheidet nicht doch das Subjekt über Objektives, wenn Gesetze sich nur über das Handeln der Menschen realisieren? Wobei die Verzahnung von Theorie und Praxis, von philosophischer Fragestellung und politischer Grundentscheidung durchgängig im Blick war. Was bliebe vom philosophischen Disput um dieses Thema zwischen diesen Partnern, wenn für die Marxisten die Überzeugung von der Existenz objektiver geschichtlicher Gesetze nicht mit der Gewißheit verbunden wäre, daß der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist!

Ein relativ kontroverser Gegenstand der Debatte zu diesem Thema - und übrigens auch bei anderen Gelegenheiten - war die Frage nach der **Offenheit der Geschichte**. Wenn der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gesetzmäßig ist, dann ist die Geschichte insofern nicht offen. Das schloß jedoch spannende Debatten nicht aus. Was heißt in diesem Kontext und aus der Sicht des zu Ende gehenden zwanzigsten Jahrhunderts "Sozialismus" und was an diesem Übergang ist eigentlich gesetzmäßig? Gibt es in der Geschichte irreversible Tendenzen? Läßt sich rückblickend eine Aufeinanderfolge qualitativer Entwicklungsstufen erkennen und wie ist sie zu werten?

Daß die Debatte zu **Menschenrechten** im April 1989 nicht besonders friedvoll verlief, bedarf keiner besonderen Begründung. Auch hier waren die Streitpunkte nicht überraschend: Einheit und Unteilbarkeit der Menschenrechte bzw. zu setzende Prioritäten sozialer oder politischer Menschenrechte, Wahrheitsmonopol einer Partei, Demokratie und Öffentlichkeit, Kritikmöglichkeit, Eigentum und Freiheit - nichts blieb ausgespart.

Ich möchte bereits dieser kursorischen Darstellung der Gegensätzlichkeit unserer Positionen und Diskussionen eine Überlegung aus heutiger Sicht anfügen. Die Vertreter der Grundwertekommission der SPD brauchten eigentlich schon deshalb kein schlechtes Gewissen bei der Erinnerung an dieses Unternehmen zu haben, weil ihnen wahrhaftig nicht vorgeworfen

oder nachgewiesen werden kann, Kompromisse eingegangen zu sein oder Streitpunkte unter den Tisch gekehrt zu haben.

\* \* \*

Es gab durchaus Momente der **Übereinstimmung** in unseren Gesprächen und Beziehungen. Man könnte drei relativ verschiedene Arten aufweisen.

Zum einen ist im Text des Dokumentes von Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten in bezug auf dringende und grundlegende politisch-praktische Erfordernisse in der Welt von heute die Rede, denen sich beide Seiten gegenübersehen, die beide Seiten - oder ihre Vergangenheit - mehr oder weniger gleichermaßen betreffen. Zum anderen ergaben sich während der Debatten gemeinsame oder ähnliche Positionen oder auch nur punktuelle Zustimmung zu bestimmten theoretischen Positionen oder Fragestellungen. Und drittens halte ich es für außerordentlich wichtig, daß es im Verlauf der Gespräche zu Situationen kam, in denen eine große gegenseitige Aufgeschlossenheit dem anderen gegenüber zu erkennen war, in denen man besonders intensiv inhörte oder (dies freilich war eher die Ausnahme) sogar sagte, daß man - von der anderen Seite - etwas gelernt habe, daß man die eigene Position durchdenken werde.

Ich will das an zwei Diskussionspassagen erläutern.

Gleich beim ersten Treffen, beim Thema **Arbeit**, fanden Darlegungen der SED-Seite über praktische Erfahrungen bei der Verbindung von Leistungsprinzip und Sozialpolitik, über die Relativität von Leistung als Bewertungsmaßstab individueller Handlungen bzw. der Persönlichkeitsentwicklung genausoviel Aufmerksamkeit bei unseren Partnern wie die Schilderung unserer Aktivitäten zur Realisierung konkreter Chancengleichheit. Dazu muß man allerdings wissen, daß genau zu dieser Zeit die Grundwertekommission mit der Ausarbeitung von Stellungnahmen beschäftigt war, die die gleiche Problematik betrafen. Umgekehrt wurde von uns die von unseren Partnern erhobene Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung anthropologischer Grundlagen der Politik angesichts krasser Defizite im eigenen Gedankengebäude mit Zustimmung bedacht. Das war dann auch der Grund, warum wir uns für das Menschenbild als Thema der zweiten Tagung entschieden.

Und selbst bei dem Thema "Ideologie und Frieden" gab es Annäherungen - so zur Antikommunismusproblematik angesichts unserer betonten Differenzierung zwischen "Antikommunismus" und "Nichtkommunismus", zur

Rolle von Feindbildern und zum widersprüchlichen Zusammenhang von Ideologie und Macht.

\* \* \*

Die unsere Gespräche insgesamt prägende Mischung von Dissens - der die Grundpositionen betraf und im Ablauf überwog - und Übereinstimmung - die in der Regel bestimmte Aspekte der Grundpositionen betraf und eher gelegentlich war - soll im Folgenden noch aus einem anderen Gesichtswinkel, am Beispiel eines Themas, der Debatten zum Fortschritt, dargestellt werden. Ich werde als erstes Auffassungen der SED-Delegation skizzieren, dann die Erwiderung und dem einige Anmerkungen aus heutiger Sicht hinzufügen.

Unsere Sichtweise könnte man mit folgenden Stichpunkten umreißen.

1. Fortschritt ist in der heutigen Situation der Weltgeschichte unumgänglich. Ein der gegenwärtigen Realität angemessener Fortschrittsbegriff ist unverzichtbar.
2. Fortschritt kann weniger denn je als automatische Konsequenz oder Resultante einzelner Veränderungen eintreten. Er ist nur noch als Ergebnis bewußter und kollektiver Aktion zu erwarten.
3. Die gegenwärtige Situation der Menschheit enthält nie dagewesene Möglichkeiten humaner Problembewältigung. Sie birgt jedoch auch existentielle Bedrohungen bis hin zur Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit in sich.
4. Ein wesentliches Kennzeichen bisherigen Geschichtsfortschritts waren schroffe Ungleichmäßigkeit und Widersprüchlichkeit.
5. Fortschritt wird nie in reiner Harmonie verlaufen. Es mehren sich jedoch Anzeichen dafür, daß Fortschritt heute u.a. in dreifacher Hinsicht unteilbar ist: Fortschrittsprozesse in einzelnen Bereichen der Gesellschaft (Wissenschaft, Technik, Ökonomie, Kultur etc.) müssen letztlich in der Bereicherung des Lebens aller Mitglieder der Gattung münden; Fortschrittsprozesse in einzelnen Regionen der Welt können sich immer weniger isoliert von der Entwicklung der Menschheit als Ganzes, unabhängig von Zuständen der Stagnation oder der Rückständigkeit in anderen Regionen entwickeln; gesellschaftlicher Fortschritt kann sich immer weniger unabhängig von der Beschaffenheit des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur realisieren.

6. Fortschritt wird sich noch auf lange Sicht über die Realisierung unterschiedlicher und widersprüchlicher Interessen und im Handeln vielfältiger sozialer Subjekte verwirklichen.
7. Aus den grundlegenden Entwicklungsprozessen der letzten 150 Jahre leiten die Marxisten die Folgerung ab, daß auch in der Gegenwart die Gesetzmäßigkeit zunehmender Vergesellschaftung menschlicher Arbeit und Produktion wirkt und in Widerspruch gerät mit der Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln. Der Übergang zu geschichtlich höheren, sozialistischen Formen der Gesellschaftsentwicklung ist unumgänglich.
8. Als eine zentrale Herausforderung erweist sich die Gewährleistung der Einheit von wissenschaftlich-technischem und gesellschaftlichem Fortschritt. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat sein Maß und Kriterium nicht in sich selbst, sondern darin, Mittel zur Gewährleistung gesellschaftlichen Fortschritts darzustellen. Die Rolle gesamtgesellschaftlicher (politischer, sozialer, kultureller, moralischer) Voraussetzungen für progressive Wirkungen wissenschaftlich-technischer Veränderungen hat sich entscheidend erhöht. Die Rolle derartiger Faktoren darf sich nicht nur auf die gesellschaftlichen Wirkungen gegebener wissenschaftlich-technischer Entwicklungsprozesse erstrecken. Sie muß bereits die Produktivkraftentwicklung selbst einbeziehen.
9. Der reale Sozialismus hat bestätigt, daß die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse und die Überführung der gesellschaftlichen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum entscheidende Voraussetzungen dafür sind, planmäßig auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse Einfluß zu nehmen, dieser Einflußnahme die wesentliche Übereinstimmung individueller, kollektiver und gesamtgesellschaftlicher Interessen zugrundezulegen und auf diese Weise die Einheit von wissenschaftlich-technischem, ökonomischem, sozialem und geistig-kulturellem Fortschritt anzustreben.
10. Zugleich verweisen alle Erfahrungen realer sozialistischer Gesellschaftsentwicklung darauf, daß diese allgemeinen Voraussetzungen für die Realisierung einer neuen Fortschrittssart durch konkrete Voraussetzungen und Faktoren der unterschiedlichsten Art ergänzt werden müssen.
11. Zur Entwicklung des Sozialismus bedarf es einer qualitativen und einer quantitativen Entwicklung der Produktivkräfte. Quantitatives



Wachstum ist Voraussetzung sozialistischen Gesellschaftsfortschritts und ihm zugleich untergeordnet. Mit dem Übergang zu einem intensiven Reproduktionstyp bedarf es der Fundierung des Wirtschaftswachstums in einer solchen Entwicklung der materiell-technischen Basis und der Ressourcenreproduktion, daß die sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen für weiteres Wachstum langfristig gesichert werden.

12. Zu den Bedingungen und Merkmalen gegenwärtigen Fortschritts gehört eine intensive Wechselwirkung zwischen praktischen und geistigen, objektiven und subjektiven Komponenten geschichtlicher Veränderungen. Die Berücksichtigung dieser Wechselwirkung ist gleichermaßen dringlich wie sie ein Fülle ungelöster Probleme mit sich bringt. Die gesellschaftliche Unterordnung geistig-kultureller Prozesse unter die Bedingungen der Profitwirtschaft und Kapitalverwertung oder auch unter eine autonome Logik technischer und ökonomischer Möglichkeiten erweist sich als Gefahrenpotential.
13. Eine zeitgemäße Diskussion über "Fortschritt" darf nicht unberücksichtigt lassen, daß gegenwärtig nicht nur die Alternative zwischen Bejahung und Ablehnung des Fortschritts, zwischen progressiven und konservativen Positionen oder zwischen verschiedenen Vorstellungen oder Modellen von Fortschritt existiert sondern auch die zwischen Fortschritt und Reaktion. Es kann nicht übersehen werden, daß eine Reihe unbewältigter Menschheitsprobleme das soziale Reservoir und den Boden für extrem reaktionäre profaschistische oder faschistische Bewegungen und Entscheidungen vergrößern. Diese Tendenz birgt die Gefahr einer Verschärfung in sich, wenn konservative Strategien an Grenzen stoßen und die Linke sich als zu schwach erweist, um Gegenkonzepte mit Aussicht auf Erfolg zur Geltung zu bringen.

Jetzt einige Positionen unserer Partner. Dabei handelt es sich um eine von mir im Nachhinein anhand meiner persönlichen Aufzeichnungen vorgenommene Zusammenstellung von Äußerungen verschiedener Diskussions Teilnehmer, für deren Korrektheit ich die volle Verantwortung trage. Natürlich komme ich nicht umhin, Zusammenfassungen selbst zu formulieren.

1. Grundsätzlich war die Haltung der Vertreter der Grundwertekommission zum Fortschritt eher resignativ. Der Ausdruck wurde von Thomas Meyer gebraucht. Den SED-Vertretern wurde eine fast ungebrochene Überzeugung von der Progressivität jeder wissenschaftlich-techni-

schen Entwicklung vorgeworfen. Die siebziger Jahre hätten eine Zäsur mit sich gebracht, die von den Marxisten unterschätzt werde. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt habe sich auf gefährliche Weise verselbständigt. Die Fortschrittskrise sei eigentumsübergreifend. Fortschrittsdenken habe seine utopische Brisanz verloren. Nur noch "kleiner Fortschritt" sei möglich. Die Zukunft erscheine heute eher als eine Bedrohung für die Gegenwart. Die Unsterblichkeit der Menschheit sei zur Disposition gestellt.

2. Ein "trotziger Fortschrittsoptimismus" (Thomas Meyer) habe sich als schädlich erwiesen. Der Glaube an einen immanenten Fortschritt habe die Linke unfähig gemacht, sich Auschwitz vorzustellen (Erhard Eppler).
3. Ob heute noch eine Einheit oder Unteilbarkeit des Fortschritts möglich ist, sei offen. Auf keinen Fall sei eine derartige Einheit durch die in den sozialistischen Ländern praktizierte Lösung der Eigentumsfrage zu bewerkstelligen. Einheit des Fortschritts bzw. der Gesellschaft sei heute überhaupt keine wünschenswerte Zielgröße gesellschaftlicher Entwicklung. Vielmehr gehe es darum, verschiedene autonome Zentren gesellschaftlicher Entwicklung ins Auge zu fassen. Staat bzw. Verstaatlichung seien keine geeigneten Instrumente von Fortschritt mehr. Übergreifende Maßstäbe, Inhalte und Kriterien für gesellschaftlichen Fortschritt seien sicher notwendig. Die weltweite Vereinheitlichung des Fortschritts, von der gelegentlich gesprochen werde, stehe jedoch dem manifesten Bedürfnis der Angehörigen zahlreicher Nationen und ethnischer Einheiten nach Bewahrung ihrer Besonderheiten im Wege.
4. Fortschritt und Fortschrittsdenken müsse viel stärker an lebensweltlichen Kriterien orientiert sein und nicht mehr am Kriterium der Produktivkraftentwicklung. Für entwickelte Gesellschaften sei selbstbestimmte Praxis ein erstrebenswerteres Ziel als Wohlstandssteigerung. Die Argumentation der SED-Seite zur Wachstumsproblematik sei exakt das, was "unsere", also die BRD-Regierung, verkünde. Zum Primat lebensweltlicher Fortschrittskriterien zähle auch eine "Entschleunigung" von wissenschaftlich-technischem Fortschritt. (Hierzu bemerkte allerdings ein anderer Kollege der Grundwertekommission, daß auch er für Beschleunigung sei, wenn er in der UdSSR zu leben hätte.)

5. Fortschritt berühre stets ein komplexes Gebilde konfligierender Interessen. Jede Diskussion über Fortschritt sei interessenbezogen. Wer entscheidet darüber, was unter gesellschaftlichen Interessen zu verstehen ist? Deshalb könne über Fragen des Fortschritts nur in einem gesellschaftlichen Prozeß diskursiver Klärung entschieden werden. Eine "wesentliche Übereinstimmung individueller, kollektiver und gesamtgesellschaftlicher Interessen" könne nur unter der Voraussetzung völlig freier Diskussion und Kritik und lediglich auf dem Weg ständiger Versuche, Korrekturen, Modifikationen usw. erzielt bzw. annähernd erreicht werden.

Interessanterweise hob sich nun gerade die Fortschritts-Tagung aus anderen durch ein beträchtliches Maß an übereinstimmenden oder ähnlichen Sichtweisen und Wertungen zwischen den streitenden Parteien heraus. Ein ums andere Mal konzentrierte sich die Kritik an unseren Darlegungen weniger auf deren Inhalt als auf ihre - wie unsere Partner wohl nicht nur zu Unrecht meinten - Diskrepanz zur Praxis in der DDR. Beispielsweise hinsichtlich ökologischer Probleme. Offenkundig machten sich gerade bei diesem Thema bereits in erheblichem Maße systemübergreifende Widersprüche und Krisenerscheinungen geltend, die sich in ähnlichen Einschätzungen, wenn auch nicht unbedingt in übereinstimmenden Schlußfolgerungen äußerten. Hinzu kam die konkrete Situation und Befindlichkeit der beiden Partner. Der Illusion auf unserer Seite, die Dinge schon irgendwie "in den Griff" zu bekommen, entsprach auf der anderen Seite nicht selten Resignation aus der ohnmächtigen Erfahrung, Prozessen gegenüberzustehen, die grundlegenden Zielen auch des Demokratischen Sozialismus widersprechen, auf die Sozialdemokraten bei der derzeitigen Konstellation jedoch nicht übermäßig viel Einfluß auszuüben in der Lage sind.

Parallelen gab es vor allem hinsichtlich der Position, daß wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Produktivkraftentwicklung heute mehr denn je der bewußten Einflußnahme und Gestaltung bedürfen. Johano Strasser ging noch einen Schritt weiter und merkte zustimmend zu unseren Ausführungen an, es sei evident, daß ohne Macht und ohne Vergesellschaftung keine humane bzw. an lebensweltlichen Kriterien orientierte Gestaltung der Produktivkräfte möglich sei. Und auch der Disput zu den Kriterien des Fortschritts unter heutigen Bedingungen war - ungeachtet der unterschiedlichen Nuancierungen bzw. Begrifflichkeiten hinsichtlich der Lebenswelt-Problematik - durch weitgehende Übereinstimmung gekennzeichnet.

Schließlich einige verallgemeinernde Überlegungen aus heutiger Sicht.

1. Ich kann mir nicht helfen, aber so ganz neben der Realität haben wir offenbar damals nicht diskutiert. Insbesondere dann entsteht dieser Eindruck, wenn man nicht penibel aufrechnet, wer wann oder wie oft recht oder nicht recht hatte, sondern wenn man die Themen, die Sichtweisen in den Mittelpunkt stellt.
2. Ich habe den Verdacht, daß durch den und mit dem Zusammenbruch des realen "Sozialismus" die Sache des Fortschritts keine sensationellen Fortschritte gemacht hat. Ich bin nicht einmal sicher - und das ist keine in eine rhetorische Frage gekleidete Position sondern eine wirkliche Frage - ob dieser Zusammenbruch für diese Länder selbst ein wirklicher Fortschritt ist. Unterschwellig findet dazu eine Diskussion statt. Nicht in Frage zu stellende Verbesserungen - die zu vollbringen dieser Sozialismus sich als unfähig erwiesen hat - halten sich im Rahmen des durchaus traditionellen Fortschritts der Moderne, einschließlich der ihm eigenen Ambivalenzen. Die von unseren sozialdemokratischen Dialogpartnern zu Recht der Moderne und uns gegenüber ange-mahnte Fortschrittskritik wurde bei der sogenannten Transformation in Osteuropa nicht oder kaum beherzigt. Umgekehrt sind einige Gegebenheiten in diesen Ländern - um es zurückhaltend auszudrücken - entfallen, die meiner Überzeugung nach potentiell und bei praktischer Berücksichtigung der Kritik am modernen Fortschritt Ausgangspunkt von langfristigen Prozessen hätten sein können, die auf der Linie eines vernünftigen, reflexiven Fortschritts gelegen hätten. Eine gewundene Formulierung - ich weiß. Aber ich fürchte, einfacher ist das Problem nicht zu haben. Im Auge habe ich - unter dem Gesichtspunkt unseres Themas - eine Reihe von Strukturen und Praktiken, die den Umgang der Gesellschaft bzw. des Menschen mit ihren bzw. seinen Bedürfnissen betreffen. Um es mit einem Gedanken von Adorno zu erläutern: "Von Interessenten wird die Kulturindustrie gern technologisch erklärt. Die Teilnahme der Millionen an ihr erzwingt Reproduktionsverfahren, die es wiederum unabwendbar machten, daß an zahllosen Stellen gleiche Bedürfnisse mit Standardgütern beliefert werden ... Die Standards seien ursprünglich aus den Bedürfnissen der Konsumenten hervorgegangen: daher würden sie so widerstandslos akzeptiert. In der Tat ist es der Zirkel von Manipulation und rückwirkendem Bedürfnis, in dem die Einheit des Systems immer dichter zusammenschießt. Verschwiegen wird dabei, daß der Boden, auf dem die Technik Macht

über die Gesellschaft gewinnt, die Macht der ökonomisch Stärksten über die Gesellschaft ist".(5)

Natürlich bin ich nicht der Meinung, daß in einem Staat wie der DDR dieses Problem gelöst worden wäre. Was wir vollbracht haben, war, vom konzeptionellen Ansatz her und in bestimmter Hinsicht praktisch diesen Zirkel außer Kraft zu setzen. Was wir nicht vollbracht haben, war, an die Stelle dieses Zirkels eine alternative Logik zu setzen. Die Bedürfnisse waren nicht mehr nur spontanes Produkt des Marktes - schon gar nicht des eigenen. Aber sie waren auch nicht bewußtes Produkt individueller und kollektiver Entscheidungspraxis. Und sie waren keinesfalls ausschließlich Produkt reflexiver Vernunft.

Ich will damit zugleich deutlich machen, ohne das hier ausführen zu können, daß ich die Bedürfnisfrage für ein, wenn nicht für das Schlüsselproblem heutigen Fortschrittsdenkens halte. Allerdings unter der Voraussetzung, daß die Bedürfnisfrage nicht allein in ihrer anthropologischen Dimension sondern als subjektiv-objektiver Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Totalität gefaßt wird.

Und umgekehrt. Wenn ich die Berichte des Club of Rome oder ähnliche einschlägige Veröffentlichungen der letzten Jahre zum Maßstab nehme, dann kann ich nicht finden, daß in den ehemals und heute nichtsozialistischen Teilen der Welt reflexives Fortschrittsdenken nach Art der sozialdemokratischen Positionen von 1988 übermäßig stark praktiziert worden wäre.

Ich kenne keine einleuchtenden Einwände gegen die naturwissenschaftlich und ökonomisch begründete Erwägung, daß eine grundsätzliche Änderung des Stoffwechselprozesses zwischen Gesellschaft und Natur, eine Revolution der Produktivkräfte, eine neue Art der Integration der industriellen Produktion bzw. Gesellschaft in die Natur auf der geschichtlichen Tagesordnung stehen, wenn es einen "Fortgang" geben soll. Diese Wende - lese ich bei einem marxistischen Wirtschaftswissenschaftler - "bedeutet den Angriff auf eine zwei Jahrhunderte alte private Entscheidungspraxis und verlangt einen grundsätzlichen sozialen und ökologischen Umbau der Regulation. Verlangt wird nicht mehr und weniger als eine Zielrevolution des Wirtschaftens: das ökonomische Maß der Überlebenschance der Zivilisation unterzuordnen, oder das Naturmaß und das menschliche Maß über das ökonomische zu stellen." 6)

Starke Worte und Forderungen! Daß bislang keine Chancen, keine Wege und keine Subjekte ihrer Realisierung gezeigt werden konnten, ist kein Argument gegen ihre Dringlichkeit.

\* \* \*

Hinsichtlich des **Dokuments** selbst kann ich nur an einige Grundpositionen erinnern.

Im ersten Abschnitt wird entschieden der Standpunkt vertreten, daß in der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Situation der Frieden nur noch durch gemeinsame Aktivitäten gesichert werden kann. Wettrüsten, Konfrontation, Streben nach globaler Hegemonie und Anhäufen von Massenvernichtungsmitteln werden verurteilt.

Im zweiten Abschnitt wird die Alternativlosigkeit der friedlichen Systemauseinandersetzung unterstrichen. Inhalt und Hauptfelder eines Systemwetstreits werden charakterisiert.

Im dritten Abschnitt werden die grundlegenden Übereinstimmungen und die Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bezeichnet.

Im vierten und fünften Abschnitt werden Voraussetzungen und Regeln für eine Kultur des politischen Streits formuliert. Hier werden jene berühmten Formeln entwickelt, die in der Folgezeit die schärfsten Auseinandersetzungen auf beiden Seiten hervorgerufen haben. Ich zitiere die entscheidenden Sätze: "Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß beide Systeme reformfähig sind ... Das im Osten vertretene Konzept der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und das im Westen, vor allem von Sozialdemokraten entworfene Konzept einer Gemeinsamen Sicherheit setzen ... beide die prinzipielle Friedensfähigkeit voraus."(7)

Es wäre reizvoll und gewiß im Interesse der geschichtlichen Wahrheit, an dieser Stelle einige Überlegungen zu der Beziehung zwischen dem ideologischen Habitus der Gespräche einerseits, dem des Dokuments andererseits anzustellen. Natürlich ging die Idee des Dokuments aus den Gesprächen hervor. Ohne die Gespräche hätte es das Dokument mit Sicherheit

nicht gegeben. Und wesentliche inhaltliche Positionen der Gespräche decken sich mit inhaltlichen Positionen des Dokuments.

Andererseits gibt es da noch einige offene Fragen. Der Tagung vom Februar 86 lagen zwei Thesenpapiere zugrunde. Von Harald Neubert und von Thomas Meyer. Entscheidende Gedanken von Thomas Meyer finden sich unverkennbar im Dokument. Zwischen Harald Neuberts Thesen zur friedlichen Koexistenz und den entsprechenden Aussagen des Dokuments hingegen ist eine deutliche Differenz unübersehbar.

Sehr viel näher steht das Dokument in dieser Hinsicht einem Artikel von Egon Bahr, der im April 1987 (also zwischen der Februar-Tagung und der Fertigstellung des Dokuments) im „Stern“ erschienen ist.<sup>(8)</sup> Harald Neubert hat die beiden Thesenpapiere von 86 kürzlich veröffentlicht.<sup>(9)</sup>

\* \* \*

Ich möchte nun einige Anmerkungen zu diesen Prozessen der achtziger Jahre machen.

Die erste und entscheidende Erfahrung sehe ich darin, daß die Möglichkeit des Gesprächs über weltanschauliche und gesellschaftstheoretische Grundfragen zwischen derartigen politischen Gruppierungen im Interesse gemeinsamer oder übergreifender praktischer Erfordernisse unter Beweis gestellt wurde. Immerhin handelte es sich um Parteien, die über eine lange historische Periode nicht nur durch prinzipielle ideologische und politische Gegensätze getrennt waren, sondern sich erbittert bekämpft haben. Wodurch objektiv gemeinsame Traditionen, Erfahrungen und Interessen überlagert waren.

Das Gespräch setzte daher auf beiden Seiten voraus, in gewisser Hinsicht über den eigenen Schatten zu springen. Vor allem in bezug auf die Einschätzung bestimmter Ereignisse in der Vergangenheit. Entscheidend war, daß keine Seite ihre Identität aufgab und dies auch nicht von der anderen Seite erwartete. Entscheidend war aber auch, immer den übergeordneten Gesichtspunkt im Auge zu haben, daß im Interesse des Friedens, der Humanität und der Vernunft diese beiden Gruppierungen ihr gegenseitiges Verhältnis zueinander revidieren müssen. Ich zögere nicht, auch aus heutiger Sicht zu sagen, daß ich darin eine Modellwirkung dieser Aktivitäten sehe. Und ich bin fest davon überzeugt, daß genau diese Art des Umgangs miteinander in der Welt von heute und von morgen noch gebraucht werden wird.

Dieser Ansatz aber wird in Abrede gestellt bzw. korrigiert, wenn in Nachhinein von der einen Seite das Dokument - also das politische Konzentrat dieser Beziehungen - auf den alleinigen Zweck der Destabilisierung, der ideologischen Erosion der anderen Seite hin instrumentalisiert wird. Das widerspricht Zwecksetzungen und Absichten, die früher artikuliert wurden. Erhard Eppler schrieb in dem 1988 veröffentlichten Essay "Wie Feuer und Wasser" über die Beweggründe seines Engagements beim Zustandekommen der Gespräche in der ersten Hälfte der achtziger Jahre: "Ich begann zu zweifeln, daß Politik nur an den Ideologien vorbei den Frieden wahren und sichern könne ... Die Frage ist also: Wie können die Ideologien beider Seiten ... friedensfähig werden, ohne daß die jeweils herrschenden Gruppen ihre Legitimationsbasis einbüßen? ... Vielleicht lassen sich ... einige Anforderungen an friedensadäquate Ideologien erfüllen, ohne daß die Identität der jeweiligen Ideologie Schaden nimmt."(10)

Natürlich haben diese Fragestellungen eine aktuelle und eine prinzipielle Seite. Aktuell bestimmend war eine neuartige existentielle Bedrohung in Gestalt eines nuklearen Weltkrieges und die Erfahrung des Kontrastes zwischen der Politik eines Ronald Reagan und dem außenpolitischen Neuansatz der anderen Supermacht. Die weit darüberhinausgehende prinzipielle Seite jedoch ist die Frage, ob die gegenwärtige und die perspektivische Situation der Menschheit nicht neue Momente des politischen Umgangs historischer Subjekte mit ihren eigenen Interessen und Ideologien erzwingen wird.

Wer heute diesen Grundansatz der damaligen Bemühungen verschweigt oder zugunsten anderer Kalküle aufgibt, wird sich mit der Frage konfrontiert sehen, ob somit die damaligen Gegner dieser Aktivitäten - auf beiden Seiten - nachträglich recht bekommen sollen.

Die Vermutung drängt sich auf, daß die Verabschiedung dieses Engagements durch SPD-Politiker nicht nur mit der veränderten Lage hier in Europa sondern auch mit einer Kursänderung der SPD zusammenhängt. Eine Änderung, die auch innerhalb der SPD so oder so registriert wird - wenn etwa Horst Heimann jüngst davor warnen zu müssen glaubt, die "Zukunft der Sozialdemokratie retten zu können", wenn der traditionelle Begriff "Demokratischer Sozialismus" geopfert wird.(11)

Wenn die Ostpolitik der SPD in den achtziger Jahren auf ihre gegen den damaligen Sozialismus gerichtete Komponente reduziert wird, dieses System also in der gleichen Weise in Bausch und Bogen verurteilt wird, wie dies von konservativer Seite erfolgt, dann wird ein Faktor verleugnet, der



für die politische Wirkung der Sozialdemokratie in den Nachkriegsjahrzehnten nicht ohne Bedeutung war. Auch von unseren Gesprächspartnern wurde seinerzeit unterstrichen, daß die Realität der sozialistischen Gesellschaften eine Herausforderung für die Herrschaft des Kapitals war. Iring Fetscher, Mitglied der Grundwertekommission der SPD und engagierter Teilnehmer unserer Debatten, schrieb im November 87 in einem dem Erscheinen des Dokuments gewidmeten Artikel: "Bisher haben viele Angehörige 'westlicher' kapitalistischer Gesellschaften durchaus schon Vorteile von der kommunistischen Konkurrenz gehabt: der Ausbau des Wohlfahrtsstaates war die intelligente Antwort liberaler und sogar konservativer bürgerlicher Parteien, vor allem aber sozialdemokratischer Regierungen ... auf die kommunistische Herausforderung ... Es liegt in unserem ureigensten Interesse, wenn wir uns wünschen, daß die Länder des "real existierenden Sozialismus" Fortschritte in Richtung auf mehr Freiheit, Freizügigkeit, Meinungsfreiheit usw. machen und daß es ihnen gelingt, den Lebensstandard der Bevölkerung erheblich anzuheben. Der damit entstehende Ansporn für die Verbesserung der Lebensbedingungen in unseren Gesellschaften wäre eine nicht zu unterschätzende Hilfe für die Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratie."(12) Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich mit dem Verschwinden dieser Herausforderung der Spielraum progressiver Kräfte verringert hat.

Die Fragwürdigkeit der Verabschiedung dieses Ansatzes durch die SPD wird übrigens auch von der SPD nahestehenden Kreisen vermerkt. Hanne-Margret Birkenbach, 1990 Mitarbeiterin des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, erwähnt die Erklärung Willy Brandts im September 1989, er würde angesichts des akuten Zustandes der SED ein solches Dokument nicht mehr unterzeichnen, und schreibt: "Es sei dahingestellt, welche Beschädigung eine Partei erfährt, wenn sie einen begonnenen Dialog nicht fortführen mag. Friedenspolitisch bedeutsamer ist die Frage, ob mit dem Scheitern der Verständigung zwischen den Kräften, die mit einer Streitkultur begonnen hatten, ein friedenspolitisches Konzept in Verruf gerät, das Modell für die Streitschlichtung, Konfliktdämpfung und Problembearbeitung in einem zukünftigen Europa stehen könnte..."(13)

\* \* \*

Waren das Dokument bzw. die Gesamtaktivitäten Ausdruck des Opportunismus(14), einer "revisionistischen Aufweichungspolitik"(15) oder einfach Ausdruck der Naivität der SED?

1. Das Engagement der SED in diesen Aktivitäten war eine logische Konsequenz des Kurses, der außenpolitisch zu Beginn der achtziger Jahre eingeschlagen worden war. Und es gab für uns nie den Schatten eines Zweifels an der gleichen Ernsthaftigkeit der entsprechenden Entscheidung und der entsprechenden Position unserer Partner. Die Rolle Erhard Epplers in diesen Jahren, sein Auftreten auf der Bonner Friedensdemonstration im Oktober 1981 sowie das Gesamtpaket der friedenssichernden Kooperation zwischen SPD und SED stand für die Integrität dieses Engagements. Zur Dokumentation dieses Kurses bzw. der entsprechenden Korrekturen sei hier an die Marx-Konferenz 1983 erinnert. Wesentlich war vor allem die Aufforderung zur politischen Aktivität, zur Initiative, der Appell, auf andere zuzugehen, bei denen authentische Interessen an der Bewahrung des Friedens in dieser Situation vorausgesetzt werden konnten sowie die Verabschiedung von Auffassungen, die die Aktionsfähigkeit lange eingeengt hatten - darunter sektiererische Einschätzungen der Sozialdemokratie. Ich sage dies vor allem gegen die hier und da in der Publizistik mitschwingende Version, das Dokument sei gewissermaßen im Untergrund, in Opposition, in Widerstand zur SED entstanden. Daß andererseits mit dieser Kooperation mit der Sozialdemokratie ein Weg eingeschlagen wurde, bei dessen ersten Schritten nicht hundertprozentig sicher war, wie sich die mit ihm verbundenen Risiken gestalten werden, war nicht nur klar, sondern bei denen, die die Chance hatten, ihn zu beschreiten, ausgesprochen motivierend.
2. Als wir die Gespräche vorbereiteten und in Angriff nahmen (Winter 83/84), war von "Neuem Denken" und Gorbatschow noch keine Rede. Im Gegenteil. Wir waren gerade um die Erfahrung reicher, - die im Sommer 1984 wiederholt wurde - als SED eine außenpolitische Korrektur vorgenommen zu haben, die von der Führung der KPdSU höchst widerwillig registriert wurde und sich gegen deren Querschüsse zu behaupten hatte. Radio "Freies Europa" hat seinerzeit eine umfangreiche Dokumentation dieses "Disputs", wie es im Titel heißt, publiziert. (16) 1985/86 dann war das "Neue Denken", vor allem seine außenpolitische Praxis durch die UdSSR, natürlich unser stärkstes Argument. Wir werden über dieses "Neue Denken", seinen ideellen Gehalt, seine historische Funktion und seine faktischen Resultate noch lange streiten. Unumstößlich scheint mir jedoch zu sein, daß mit diesen achtziger Jahren die wachsende Abhängigkeit der verschiedenen Teile der Welt - und vor allem die Wechselwirkung der beiden Haupt-

systeme - ein solches Ausmaß erreicht hatte, daß die Abschottung dieses Sozialismus und seiner realen Entwicklungstendenzen gegen den "Rest der Welt" nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Die Friedensfrage war nur eine erste Begegnung, eine erste Erfahrung der Menschheit mit dieser neuen Situation. Die Orientierung auf globale Zusammenhänge als allgemeine Rahmenbedingung für immer mehr einzelne Probleme war ohne Alternative. Es konnte sich nur noch darum handeln, Konzepte zu entwickeln, wie damit umzugehen ist. Der konzeptionelle Fehler Gorbatschows war nicht, dies gesehen zu haben sondern zu meinen, daß der Klassenansatz von Marx bzw. entscheidende Antagonismen dieser Epoche mit dieser neuartigen Gegebenheit historisch erledigt seien. Als klassisches Zeugnis dafür sehe ich die UN-Rede Gorbatschows vom Dezember 1988 an.(17) Nur war eben der Gorbatschow von 1988 nicht mehr der von 85/86 - meiner Meinung nach! Auf der vernünftigen, realistischen, ursprünglichen Linie dieses Horizontes jedenfalls lag unser Disput mit den Sozialdemokraten der BRD. Bestärkt werde ich in dieser Interpretation durch die Erfahrung unzähliger Versammlungen, Begegnungen und Aussprachen in der DDR. Es waren die lebhaftesten, interessantesten und strittigsten seit Jahren. Es gab zahlreiche Bedenken und Sorgen. Dominierend aber war eigentlich ein Gefühl der Erleichterung darüber, daß erste Umrisse eines Ausweges aus der internationalen Erstarrung und Verkrampfung deutlich zu werden schienen, daß wir uns endlich wieder der Auseinandersetzung stellen, daß wir die Einigelung aufbrechen und die Hoffnung, daß es vielleicht gelingen könnte, in dieser gefährvollen Situation mit den Sozialdemokraten der BRD eine gemeinsame Sprache zu finden.

3. Nicht nachgegangen werden kann im Rahmen dieses Beitrages der Frage, inwiefern die drei berühmten Formeln des Dokuments (18) eine unzulässige ideologische Korrektur prinzipieller Positionen - auf unserer Seite - waren. Ich neige zu der Auffassung, daß es sich um zeitgemäße, zunächst allerdings eher pragmatische Konsequenzen aus realen Veränderungen handelte. Ein kardinaler Fehler bestand darin, die mit diesen Kürzeln verbundenen prinzipiellen theoretischen und begrifflichen Probleme nicht gründlich, kollektiv (innerhalb und außerhalb der SED) und kontrovers diskutiert zu haben. Die öffentliche Diskussion verblieb im Rahmen eines pragmatischen Für und Wider. Und ich bin entschieden der Auffassung, daß eine Reihe der gegenwärtig in der

Linken vehement debattierten Fragen eine unmittelbare Beziehung zu eben diesen Themen aufweisen.

4. Ich muß - lediglich unter dem Gesichtspunkt der diesem Abschnitt vorangestellten Fragen - ein Wort zu den Eindrücken und Gedankengängen sagen, die uns in dieser Zeit durch den Kopf gingen. Einerseits war da ein deutliches Gefühl von Selbstbestätigung und Selbstgewißheit, das Erleben der Tragfähigkeit unserer Position, der Eindruck, - auch die Erleichterung - von unseren Partnern ernst genommen zu werden. Eine so desolante Position schien die SED nicht einzunehmen, daß sie als Gesprächspartner der SPD nicht in Frage gekommen wäre. Getragen und begründet schien uns dies u.a. in den bereits genannten Selbstkorrekturen und Lernprozessen, die zugleich eine Gewähr zu sein schienen, auch weitere realitätsgerechte Wandlungen in Theorie und Politik zu bewerkstelligen. Daß der Verlauf der Gespräche über deren Notwendigkeit keinen Zweifel ließ, bedarf keiner Erläuterung. Aber - die Realität dieser Beziehung, der Verlauf der direkten geistigen Auseinandersetzung mit diesem Kontrahenden - besonders bis 1987! - bestärkte uns in der Überzeugung nicht nur von den Problemen sondern gerade auch von den Änderungspotenzen unserer Gesellschaft. Allerdings - unsere unumstößliche subjektive Ausgangsposition beim Nachdenken über mögliche Veränderungen - sowohl in der Konsequenz unserer eigenen Systemlogik als auch im Gefolge der Realität eines dem äußeren entsprechenden inneren Dialogs, einer "Öffnung" also war, daß die Existenz der gegebenen Macht nicht angetastet wurde. Daß sie vielmehr das Instrument notwendiger Veränderungen war und blieb - wie auch die politische Voraussetzung dafür, daß Entwicklungen in der DDR nicht in den unvermeidlichen Sog der übermächtigen BRD gerieten. Das mit der Realität eines langanhaltenden friedlichen Wettbewerbs der Systeme verbundene Risiko schien uns unter dieser Bedingung kalkulierbar zu sein. Aber es war natürlich vorhanden. Und wurde - unfreiwillig - zu Protokoll gegeben. Als uns in einer erregten Debatte am 28. Februar 86 über Sinn und Legitimität solcher Formeln wie "Wandel durch Annäherung" oder "Wandel durch Wettbewerb" das Wort entschlüpfte "Keiner wird bei diesem Wettbewerb ungeschoren bleiben!" da fand sich dieser Satz prompt in der Berichterstattung der "Zeit" verewigt (19). Ich muß wohl nicht begründen, daß wir derartige Sentenzen nicht im Vollgefühl des sicheren Sieges in einem derartigen Wettstreit von uns gaben. Unsere Souveränität - mit und ohne Anführungszeichen! - resultierte vielmehr aus

der Einsicht in die Alternativlosigkeit dieser Perspektive wie aus der Ahnung, umso besser für sie gerüstet zu sein, je eher wir dies anerkennen und aussprechen.

5. In heutigen Debatten über die Rolle dieser Beziehungen und insonderheit die des Dokuments ist in der Regel nur von dessen Wirkungen innerhalb der DDR die Rede. Das ist nicht korrekt. Timothy Garton Ash schreibt immerhin, es sei nicht überraschend, "daß dieses Papier lebhaft politische Auseinandersetzungen auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze auslöste."<sup>(20)</sup> Es ist daran zu erinnern, daß konservative Kritiker außerhalb und innerhalb der SPD dieser immerhin nicht mehr und nicht weniger vorwarfen, als, bei der Abfassung des Textes auf die Verteidigung des Grundwertes "Freiheit" verzichtet zu haben. Heinrich Basilius Streithofen - damals (soweit ich mich erinnere) Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken - im Rheinischen Merkur<sup>(21)</sup> und Gesine Schwan (SPD) in der FAZ stimmten da völlig überein. Gesine Schwan beklagte bitter, daß das Papier in wesentlichen Punkten von dem Parteiratsbeschluß der SPD vom Februar 71, dem Unvereinbarkeitsbeschluß also, abweiche: "Während es dem Parteirat 1971 um 'Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit' ging, findet dieser zweite Teil des Problems im neuen Papier keine Erwähnung mehr. Statt dessen wird der Sicherung des Überlebens eine eindeutige und alles andere relativierende Priorität gegeben und gerade in dieser Prioritätensetzung die Gemeinsamkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten festgehalten."<sup>(22)</sup> In der Tat sahen wir die Pointe des Ansatzes der Grundwertekommission darin, nicht nur die kommunistische Ideologie einer kritischen Prüfung zu unterziehen - nach dem Kriterium ihrer Angemessenheit an die Erfordernisse gemeinsamer Sicherheit. Zur Erinnerung. Der Kernsatz des Parteiratsbeschlusses von 71 lautete: "Der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik liegt ... in dem Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung."<sup>(23)</sup> In dem bereits erwähnten Essay Erhard Epplers von 88 hingegen heißt es: "Natürlich müßte der Westen Abschied nehmen von der Totalitarismustheorie, von der simplen Formel Kapitalismus gleich Demokratie, Sozialismus gleich Diktatur, vom Feindbild des bösen Aggressors im Osten."<sup>(24)</sup> Ich meine, daß mit einer derartigen Feststellung nicht die Identität der Sozialdemokratie in Frage gestellt, wohl aber der Abbau von Feindbil-

dem und realitätsgerechte Wahrnehmungsmuster auf beiden Seiten angemahnt werden. Übrigens enthält dieser Essay eine exzellente Kritik an der Totalitarismustheorie. Zu erinnern ist jedoch auch daran, daß diese Aktivitäten und das Dokument bei Vertretern der Friedensbewegung in zahlreichen westlichen Ländern, bei den Anhängern von "Vernunft und Realismus" große Zustimmung fand. Sie sahen darin ein Vorbild für das außenpolitische Verhalten auch anderer politischer Kräfte. Und allein der Fakt, daß diese beiden, seit langem verfeindeten Parteien einen solchen Weg zu einem zeitgemäßen Umgang miteinander gefunden hatten, wurde hoch bewertet. Manche tradierte Vorstellung zu dem Phänomen "Kommunismus" geriet in Bewegung.

6. Einige wenige Bemerkungen zur Aufnahme des Dokuments in der DDR und zu seiner Wirkung. Ich halte die Behauptung, das Papier habe die "Erosion der SED" oder den Zusammenbruch der DDR bewirkt, für eine Konstruktion, die die wirklichen Ursachen für beides stark vereinfacht und vornehmlich dem Zweck dient, die Teilnahme an diesen Aktivitäten in Anpassung an derzeit dominierende Positionen zu legitimieren. Nicht in Abrede zu stellen ist, daß inhaltliche Positionen des Dokuments (Friedensfähigkeit des Imperialismus und Verteidigungsbereitschaft, Wettbewerbsfähigkeit des Sozialismus) zusätzlichen Stoff für Diskussionen boten und daß oppositionelle Gruppen sich bei ihrer Kritik auf Passagen des Papiers berufen konnten. Diese Prozesse hätten jedoch ohnehin ihren Verlauf genommen. Es gab keine Alternative dazu, politische Formen für die Bewegung dieser Widersprüche zu finden. Davon zu unterscheiden ist meiner Erfahrung und meiner Erinnerung nach eine breite Zustimmung zu dem Dokument, die sich ebenfalls mit der Forderung nach einem inneren Dialog identifizierte, damit aber nicht die Schädigung oder Beseitigung der DDR bezweckte sondern deren Verbesserung - um einen damals gängigen Ausdruck aus dem kirchlichen Diskurs zu verwenden. Diese Position gab es innerhalb und außerhalb der SED. Das entscheidende Problem sehe ich darin, daß die Führung der SED mit diesem Pfund nicht gewuchert hat, daß die Diskussion innerhalb der SED halbherzig und inkonsequent geführt und teilweise abgebrochen wurde, daß an die Stelle der - im Grunde spätestens seit Mitte der siebziger Jahre, seit der internationalen Stabilisierung der DDR und seit Helsinki - immer dringlicheren offenen politischen Auseinandersetzung in der Bevölkerung immer wieder und immer prägender Ausweichen, Taktieren, Manipulation und schließlich Betrug und Repression traten, die Logik und die

defensive Rason einer hypertrophierten Sicherheitsdoktrin. Diesen - unseren Aktivitäten mit der Grundwertekommission völlig zuwiderlaufenden - Trend mitgetragen zu haben, ihm nicht entgegengetreten zu sein, darin sehe ich auch persönliches Versagen - gerade als Akteur dieser Vorgänge.

### Fußnoten

- 1) Vgl. u.a. Wie eine Lawine. Wochenpost Nr.36, 27. August 1992 S.28f
- 2) Vgl. u.a. Jetzt kommen Pharisäer und rechten über Akten. Der Bürgerrechtler und Berliner Jugendsenator Krüger über die SPD-Ostpolitik und ihre Wirkung in der DDR. Frankfurter Rundschau Nr.58, 10. März 1994 S.18
- 3) Vgl. Ulrich Huar, Was hat den Sozialismus zerstört? in: Marxistische Blätter, 3-93 S.88; Kurt Gossweiler, Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus. in: Streitbarer Materialismus, Nr.18, Januar 1994 S.77
- 4) Kurt Hager, Friedenssicherung und ideologischer Streit. Neues Deutschland, 28. Oktober 1987, S.3
- 5) Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1989 S.129
- 6) Hans Wagner, Geschichte als Suchprozeß, in: Berliner Debatte. Initial. Heft 5/1992 S.701
- 7) Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. in: Neues Deutschland, 28. August 1987 S.3
- 8) Egon Bahr, Gorbatschow ist ein gefährlicher Mann, dem man helfen muß. Stern, 4.2.1987 S.151
- 9) Harald Neubert, Zum gemeinsamen Ideologie-Papier von SED und SPD aus dem Jahr 1987 Hefte zur DDR-Geschichte Nr.18, Berlin 1994
- 10) Erhard Eppler, Wie Feuer und Wasser, Reinbek 1988 S.12, 75f
- 11) Horst Heimann (Hrsg.), Sozialdemokratische Traditionen und Demokratischer Sozialismus 2000, Köln 1993 S.7
- 12) Iring Fetscher, Für realistische Formen des Wettbewerbs der Ideen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11/1987 S.1485
- 13) Hanne-Margret Birckenbach, Frieden durch Streit? Politisch-psychologische Rahmenbedingungen für die Überwindung von Feindbildern, in: Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität. Redaktion Reiner Steinweg und Christian Wellmann. Frankfurt am Main 1990 S.160
- 14) Vgl. Ulrich Huar a.a.O.

- 15) Vgl. Kurt Gossweiler a.a.O.
- 16) Vgl. East Berlin and Moscow: the Documentation of a Dispute. Compiled and introduced bei Ronald Asmus. Radio Free Europe Munich 1984
- 17) Nur friedliches Miteinander kann Überleben der Menschheit sichern. Rede Michail Gorbatschows vor der 43. Vollversammlung in New York. Neues Deutschland 8. Dezember 1988 S.2
- 18) s. oben S.10 (Fußnote 5)
- 19) Carl Christian Kaiser, Wandel durch Wettbewerb? Die Zeit Nr.11, 7.3.1986
- 20) Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. München Wien 1993 S.477
- 21) Heinrich Basilius Streithofen, Worthülsen statt Inhalte. Rheinischer Merkur, 4.9.87
- 22) Gesine Schwan, Ein Januskopf - Gefahren und Chancen. FAZ 23. September 1987 S.8
- 23) Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus. Vorwärts. 4. März 1971 S.10
- 24) Erhard Eppler, Wie Feuer und Wasser, a.a.O.S.82